

4. November 2020

Skandal: NRW-Landesregierung will „Solinger Sonderweg“ verbieten! Das Solinger Corona-Krisenmanagement - manches Licht, viel Schatten

Vorzeitig schon seit Samstag, den 31. Oktober, 0:00 Uhr gilt in Solingen ein weitgehender Teil-Lockdown. Er wurde überfällig durch die extrem hohen Fallzahlen von weit über 200 Corona-Betroffener pro 100.000 Einwohner. Die Bundeskanzlerin bei ihren Beschlüssen vom 28. Oktober 2010 und auch OB Kurzbach bei seiner Pressekonferenz am 30. Oktober sprachen zu Recht von einer großen „Kraftanstrengung“ und forderten Solidarität ein.

Doch in der Summe sind die gefassten Beschlüsse noch halbherzig, wenig dauerhaft wirksam und von einer Doppelmoral geprägt:

Begrüßenswert sind:

Der Ausbau des kommunalen Gesundheitswesens mit gute Kooperation verschiedener Träger.

Der strikte Appell und auch die verstärkten Kontrollen für das strikte Einhalten des konsequenten Gesundheitsschutzes durch Abstandswahrung, Hygieneregeln, Maske einschließlich Maskengeboten an stark besuchten Plätzen, Straßen, Fußgängerzonen usw..

Die deutliche Verstärkung des Gesundheitsamtes auch durch externe Dienste zur besseren Nachverfolgung von möglicherweise Infizierten. Wir haben dabei nichts gegen den Einsatz von Soldaten. Allerdings sollten diese in Zivil eingesetzt und dem Gesundheitsamt unterstellt werden, statt in Uniform mit Unterstellung unter Offiziere. Wir wollen keiner weiterer Militarisierung der Gesellschaft Vorschub leisten.

Der „Solinger Sonderweg“ an Schulen: ab Mittwoch, den 4. November wollte die Stadt Präsenzunterricht in den weiterführenden Schulen für nur jeweils die Hälfte der Schüler. Die andere Hälfte arbeitet zu Hause. Grundlage dafür sind 3 500 von der Land und Stadt zur Verfügung stellte iPads - davon aber nur 1700 mit WLAN-Anschluss, was unbedingt verbessert werden muss. Dieser Weg ist richtig und überfällig. Er hätte schon längst begangen werden müssen. Das Robert-Koch-Institut fordert ihn schon ab einem Inzidenzwert von 50. Zu Recht bezeichnet das „Solinger Tageblatt“ die Notwendigkeit eines Solinger Sonderwegs als Armutszeugnis für die Landesregierung. Es ist ein jugendpolitischer Skandal, dass die Landesregie-

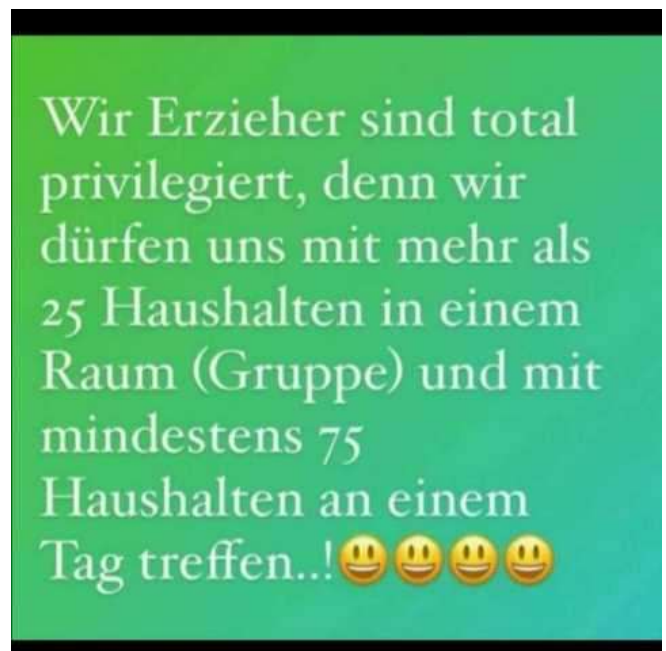
rung diesen Weg am 3. November ausdrücklich verboten hat! Schon jetzt sind an 20 Schulen ca. 600 Schüler und Lehrer in Quarantäne. Die Landesregierung provoziert mit ihrer Politik eine komplette Schulschliessung und eine weitere Ausbreitung der Pandemie.

Dagegen fordern wir:

Sofortige Zustimmung der Landesregierung zum „Solinger Sonderweg“!

Ausweitung dieses Weges: Präsenzunterricht für *alle* Schüler durch versetzten und geteilten Unterricht!

Dafür schnellstmögliche Einstellung von weiteren unterstützenden Lehrkräften (zum Beispiel aus den Ausbildungsstätten oder von Lehramtsbewerbern)



Diese spöttische Nachricht kursiert derzeit im Netz!

Erweiterung des Schulbusangebots um 15 Busse, um die Schulwege zu entzerren. Zu Recht werden in der konstituierenden Sitzung des Stadtrats am 5. November dafür zusätzliche Kosten in Höhe von fast 900.000 € zum Beschluss vorgelegt mit der Erwartung, dass diese durch das Land refinanziert werden.

Wir fordern:

Vollständig Finanzierung der zusätzlichen Schulbusse durch das Land!

Weitere Entzerrung von Schul- und Arbeitszeiten auch bei Firmen und Verwaltungen!

Demokratische Rechte wie Versammlungsfreiheit, Demonstrationsrecht... werden nicht eingeschränkt, wenn sie Corona-gerecht umgesetzt werden. Das ist ein Erfolg kämpferischer demokratischer Kräfte - so auch von SOLINGEN AKTIV in der ersten Lockdown-Periode im Frühjahr, wo dieses Recht durchgekämpft wurde: so wie erstmals am 1. Mai 2020.

Abgelehnt und kritisiert werden müssen:

Die **fehlende umfassende und gründliche Teststrategie** vor allem in den sensiblen Bereichen wie Kindergärten, Schulen, Alteneinrichtungen, Gesundheitswesen... Aus einigen Solinger Altenpflegeeinrichtungen ist uns bekannt, dass das Personal dort in den 8 Monaten Pandemie bisher gar nicht oder nur zweimal getestet wurde! Ein Verbrechen an den älteren und pflegebedürftigen Menschen! Aus ihren Reihen kommen die Hälfte der Covid-19-Todesopfer! Einer Kollegin, die die Misstände in ihrer Pflegeeinrichtungen dem Gesundheitsamt meldete, wurde von ihrer Einrichtungsleitung vorgeworfen, sie sei nicht loyal. Das Gegenteil ist der Fall!

Wir fordern daher:

Flächendeckende, kostenlose und mindestens wöchentlich Testung in diesen Bereichen entsprechend der neuen Testverordnung ab 15. Oktober.

Warum ist es weiterhin möglich und zulässig, dass in **Bussen und Bahnen** die Menschen dicht gedrängt nebeneinander sitzen oder stehen, zwar mit Maske, aber doch ohne ausreichenden Schutz? Im privaten Bereich dagegen dürfen sich nicht mehr als 2 Haushalte mit höchstens 10 Personen treffen. Die leichtfertige Regelung im ÖPNV ist eine unakzeptable Doppelmoral.

Wir fordern daher:

Sicherung des Abstandsgebots auch in Bussen und Bahnen durch freizulassende Plätze.

Weiterer Ausbau des ÖPNV mit engerer Taktung.

In den **Betrieben wird die Doppelmoral auf die Spitze getrieben:** hier arbeiten hunderte Leute aus zig Haushalten 8 Stunden nebeneinander, sitzen oder stehen danach oft in Bus und Bahn eng beieinander. Sowohl in der Landesverordnung als auch in der örtlichen Verordnung gibt es nur vage Aufforderungen, dass die Betriebe Hygieneregeln, Abstandsgebote usw. einhalten sollen. Unseres Wissens wird das lediglich in manchen Großbetrieben und Verwaltungen einigermaßen zufriedenstellend gehandhabt. In vielen Kleinbetrieben und im Handwerksbereich dagegen wird weitergearbeitet wie bisher. Von Kontrollen durch Gesundheitsamt und Gewerbeaufsicht ist uns

nichts bekannt. Das Motto des Corona-Krisenmanagements ist ganz **offenkundig:** Hauptsache der Rubel rollt! Dafür sollen stattdessen die ‚kleinen Leute‘ massiven Einschränkungen hinnehmen.

Wir fordern daher:

Zwingend vorgeschriebener Gesundheitsschutz in Firmen und Verwaltungen.

Breite regelmäßige Testung.

Reduzierung der Taktzeiten/Stückzahlen und zusätzliche bezahlte Pausen, wenn durch Masken die Arbeit erschwert wird.

Sofortige Freistellung und volle Bezahlung der Arbeitszeit für positiv Getestete, ihrem Umfeld und für alle Kollegen, an deren Arbeitsplatz Homeoffice oder gesundheitsgerechtes Arbeiten nicht möglich ist.

Strikte öffentliche Kontrollen!

Der gesamte **Bereich der Gastronomie, der Kultur und der kleinen Einzelständigen** wird pauschal zum Prügelknaben erklärt, der neben den Einzelpersonen und Familien die Hauptlast der Corona-Verhütung tragen soll. Zu Recht schrieb Ingrid Hartges, Hauptgeschäftsführerin des deutschen Hotel und Gaststättenverbands am 28. Oktober: Die Gastronomen werden zu einer „Sonder-Opferrolle“ gezwungen, „um einen allgemeinen Lockdown für die deutsche Wirtschaft zu verhindern.“ Gerade diese Bereiche haben enorme Anstrengungen unternommen, um ein corona-gerechtes Gastronomie- und Kulturleben zu ermöglichen. Es ist unakzeptabel, dass sie jetzt zum Prügelknaben gemacht werden. Auch mit dem Ausgleichs-Angebot von 75 % des Umsatzes vom November 2019 kann diese Zumutung nicht ausgeglichen werden.

Wir fordern daher:

Genehmigung und Förderung von corona-gerechter Gastronomie, Veranstaltungsträgern, Kulturschaffenden, Einzelständigen....

Wo nicht möglich: ausreichende und nachhaltige Hilfen - und zwar schnell und unbürokratisch.

Unser Personenwahlbündnis SOLINGEN AKTIV hat sich seit 16 Jahren im Stadtrat und darüber hinaus aktiv für die Interessen der einfachen Solinger Arbeiter, Angestellten und kleinen Gewerbetreibenden eingesetzt. Leider sind wir im neu gewählten Stadtrat nicht mehr vertreten. Wir werden aber alles unseren Kräften Stehende tun, um weiterhin deren Interessen schlagkräftig zu vertreten, die Menschen zusammenzuschließen, zu organisieren und ihre Kämpfe zu unterstützen.

Bleibt gesund, bleibt aktiv, bleibt kritisch, bleibt solidarisch!

Euer Vorstand von SOLINGEN AKTIV